

# **BR/GT I/116 d/71**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

**Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.**



- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungs-  
verfahren

Vorschläge zu den Artikeln 66, 68, 69, 77-81 und 85 des Zweiten Vorentwurfs  
sowie neue Artikel 76a, 76b und 160a

in synoptischer Darstellung mit

- dem Zweiten Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenter-  
teilungsverfahren (veröffentlicht im Jahre 1971)
- dem Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patent-  
wesens (PCT)
- der Ausführungsordnung zum PCT



## ERLÄUTERUNGEN

Zweiter Vorentwurf

bedeutet: Zweiter Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren (veröffentlicht im Jahre 1971).

PCT

bedeutet: Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT), unterzeichnet in Washington am 19. Juni 1970.

AO zum PCT

bedeutet: Ausführungsordnung zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, unterzeichnet in Washington am 19. Juni 1970.

AO

bedeutet: Erster Vorentwurf einer Ausführungsordnung zum Übereinkommen über ein europäisches Patenterteilungsverfahren (veröffentlicht im Jahre 1971).

EPA

bedeutet: Europäisches Patentamt

I.I.B.

bedeutet: Institut International des Brevets (Internationales Patentinstitut).



+ auf der rechten Seite

bedeutet, daß der entsprechende Text der linken Seite unverändert übernommen worden ist.

--- unter dem Text auf der linken Seite

bedeutet, daß der unterstrichene Text auf der rechten Seite entfällt.

— unter dem Text auf der rechten Seite

bedeutet, daß der unterstrichene Text gegenüber dem Zweiten Vorentwurf neu aufgenommen worden ist. Völlig neue Absätze sind jedoch nicht unterstrichen.






### Vorbemerkung

1. Die nichtstaatlichen internationalen Organisationen haben in ihren Stellungnahmen zum Ersten Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren Vorschläge zur Änderung der Artikel 66, 77 bis 80, 122 und 137 unterbreitet, die insbesondere eine Straffung des Verfahrens von der Einreichung der europäischen Patentanmeldung bis zur Erstellung des Berichts über den Stand der Technik zum Ziel haben (sogenanntes Paket).

Die Arbeitsgruppe I hat diese Vorschläge auf ihrer 7. Sitzung vom 26. bis 28. Januar 1971 geprüft und der Regierungskonferenz empfohlen, die Vorschläge, soweit sie nicht bereits im Zweiten Vorentwurf berücksichtigt worden sind, entweder abzulehnen oder zur weiteren Prüfung an die Arbeitsgruppe I zu verweisen (siehe Sitzungsbericht BR/94/71 vom 6. April 1971 Punkte 77 und 80 sowie Empfehlungen der Arbeitsgruppe I BR/100/71 vom 24. März 1971). Die Regierungskonferenz hat die Empfehlungen auf ihrer 4. Tagung vom 20. bis 28. April 1971 angenommen (siehe Tagungsbericht BR/125/71 vom 7. Juli 1971 Punkt 12 sowie Bemerkung zu Artikel 66 des Zweiten Vorentwurfs). Nach dem Terminkalender der Arbeitsgruppe I soll die Ausführung dieses Mandats auf der 9. Sitzung vom 11. bis 22. Oktober 1971 erfolgen (siehe Sitzungsbericht BR/94/71 Punkt 83).

2. Da die Delegationen der Arbeitsgruppe I bisher keine Vorschläge zur Lösung des Pakets vorgelegt haben, erlaubt sich der Vorsitzende zur Vorbereitung der 9. Sitzung eigene Vorschläge zu unterbreiten. Er legt deshalb mit dieser Arbeitsunterlage Vorschläge für die Änderung der Artikel 66, 68, 69, 77 bis 81 und 85 des Zweiten Entwurfs sowie neue Artikel 76a, 76b und 160a vor.

Die Vorschläge berücksichtigen die unter 1. erwähnten Vorschläge der nichtstaatlichen internationalen Organisationen, soweit nach ihnen vorgesehen werden soll,

- a) daß die Recherchegebühr mit der Anmeldegebühr zu entrichten ist;
  - b) daß die Erstellung des Berichts über den Stand der Technik ohne Offensichtlichkeitsprüfung durchgeführt wird und das Internationale Patentinstitut eine vorläufige Entscheidung über die Frage der Einheitlichkeit der Erfindung trifft;
  - c) daß das Internationale Patentinstitut den Bericht über den Stand der Technik dem Europäischen Patentamt und dem Anmelder gleichzeitig übermittelt;
  - d) daß der nach Artikel 18 PCT erstellte Recherchenbericht den Bericht über den Stand der Technik nur ersetzt, wenn die Gewähr besteht, daß er inhaltlich gleichwertig ist.
- 

3. Der Vorsitzende versucht, mit seinen Vorschlägen das von den interessierten Kreisen gewünschte Ziel der Beschleunigung und Rationalisierung des Verfahrens bis zur Veröffentlichung der europäischen Anmeldung dadurch zu erreichen, daß einerseits die Offensichtlichkeitsprüfung entfallen soll und andererseits dem Internationalen Patentinstitut zusätzliche Aufgaben übertragen werden sollen.

Der Wegfall der Offensichtlichkeitsprüfung wird vorgeschlagen, da diese nur sinnvoll ist, wenn sie vor der Recherche durchgeführt wird, eine solche Vorprüfung jedoch eine Beschleunigung des Verfahrens verhindert. Für einen Wegfall der Offensichtlichkeitsprüfung spricht aber auch die Tatsache, daß das niederländische Patenterteilungsverfahren eine solche Vorprüfung nicht kennt, ohne daß sich dadurch Schwierigkeiten ergeben haben. Das neue deutsche Patentgesetz kennt zwar eine solche Vorprüfung - es hatte diesen Gedanken aus dem Vorentwurf eines europäischen Patentrechts aus dem Jahre 1962 übernommen -, aber die Erfahrungen mit dieser Prüfung sprechen nicht unbedingt für deren Einführung in das europäische Verfahren:

Vom Deutschen Patentamt sind in der Offensichtlichkeitsprüfung im Jahre 1970 2,6 v.H. der in diesem Jahr eingegangenen Patentanmeldungen beanstandet worden. Aufgrund dieser Beanstandungen wurden 5,25 v.H. der beanstandeten Anmeldungen zurückgewiesen, das sind 0,14 v.H. der eingegangenen Patentanmeldungen. Die häufigste Beanstandung erfolgte wegen offensichtlicher Uneinheitlichkeit des Anmeldungsgegenstands, nämlich in 41,7 v.H. der Fälle. Unterstellt man, daß diese Zahlen auch im europäischen Patenterteilungsverfahren zu erwarten sind, so würde, wenn nach dem vorgeschlagenen Verfahren das Internationale Patentinstitut die vorläufige Entscheidung über die Einheitlichkeit treffen soll, die Offensichtlichkeitsprüfung in weniger als 1 % der Anmeldungen

zu einer Zurückweisung der Anmeldung führen. Bei der Bedeutung und Sorgfalt, mit der europäische Patente angemeldet werden dürften, wird dieser Prozentsatz sicher nicht höher sein. Der Vorsitzende ist daher der Auffassung, daß im Interesse einer Rationalisierung und Beschleunigung des Verfahrens die Offensichtlichkeitsprüfung entfallen könnte.

Damit im Zusammenhang sollen, um auf den Einsatz von technischen Prüfern im Verfahren bis zur Veröffentlichung der europäischen Anmeldung verzichten zu können, dem Internationalen Patentinstitut weitere Aufgaben übertragen werden:

Das Internationale Patentinstitut soll die Anmeldung vorläufig klassifizieren, es soll vorläufig über die Einheitlichkeit der Anmeldung entscheiden, es soll mit dem Anmelder unmittelbar verkehren. Diese Übertragung von Aufgaben hätte überdies zur Folge, daß das Internationale Patentinstitut im europäischen Patenterteilungsverfahren die gleichen Aufgaben wahrnehmen würde, wie im PCT-Verfahren als internationale Recherchenbehörde.

4. Nach den Vorschlägen des Vorsitzenden wird das Verfahren bis zur Veröffentlichung der Anmeldung wie folgt umgestaltet:

Die bisherige Gebühr für die Einholung des Berichts über den Stand der Technik ist mit der Anmeldegebühr zu entrichten.

Das Europäische Patentamt übersendet dem Internationalen Patentinstitut einen Satz der Anmeldungsunterlagen zur Erstellung des Berichts über den Stand der Technik, sobald der Anmeldetag feststeht, die Gebühren für die Anmeldung und den Bericht über

6

9

den Stand der Technik entrichtet sind, die Zusammenfassung vorliegt sowie - im Fall des Artikels 34 Absatz 2 - die Übersetzung der Patentanmeldung eingereicht ist.

Das Internationale Patentinstitut erstellt den Bericht über den Stand der Technik oder stellt in einer Erklärung fest, daß sinnvolle Ermittlungen über den Stand der Technik nicht durchgeführt werden können. Gleichzeitig mit der Erstellung des Berichts über den Stand der Technik klassifiziert das Internationale Patentinstitut die europäische Patentanmeldung vorläufig und bestimmt den endgültigen Inhalt der Zusammenfassung.

Ist die Anmeldung nach Auffassung des Internationalen Patentinstituts nicht einheitlich, so erstellt das Internationale Patentinstitut den Bericht über den Stand der Technik für die Teile der Anmeldung, die sich auf die zuerst in den Patentansprüchen erwähnte Erfindung beziehen, und für die übrigen Teile einen oder weitere Berichte, sofern der Anmelder die hierfür erforderlichen Gebühren an das Europäische Patentamt gezahlt hat.

Das Internationale Patentinstitut übersendet innerhalb der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Frist dem Europäischen Patentamt und dem Anmelder den Bericht über den Stand der Technik oder die Erklärung, daß sinnvolle Ermittlungen über den Stand der Technik nicht durchgeführt werden können, und den endgültigen Inhalt der Zusammenfassung.

Während das Internationale Patentinstitut den Stand der Technik ermittelt, nimmt das Europäische Patentamt die Formalprüfung vor. Tritt nach der Übersendung der Anmeldungs-

unterlagen an das Internationale Patentinstitut eine Erledigung der Anmeldung ein, so benachrichtigt das Europäische Patentamt hierüber das Internationale Patentinstitut.

Eine Offensichtlichkeitsprüfung findet nicht statt.

5. Keine Berücksichtigung in dieser Arbeitsunterlage fanden die Vorschläge der nicht-staatlichen internationalen Organisationen, nach denen das Internationale Patentinstitut mit Aufgaben betraut werden soll, die Hoheitsakte erfordern, und nach denen die Dienststellen des Europäischen Patentamts, die die Neuheitsprüfung durchführen, mit denen des Internationalen Patentinstituts, die den Bericht über den Stand der Technik erstellen, organisatorisch zusammengefaßt werden sollen.

Abgesehen davon, daß zur Straffung des europäischen Patenterteilungsverfahrens die Annahme dieser Vorschläge nicht für erforderlich gehalten wird, dürften die Vorschläge schon deshalb auf Schwierigkeiten stoßen, weil das Internationale Patentinstitut nur von einem Teil der Vertragsstaaten des 1. Übereinkommens getragen wird und das Haager Übereinkommen über die Errichtung des Internationalen Patentinstituts anderen Zielsetzungen als das 1. Übereinkommen dient. Im übrigen sollte die von der Regierungskonferenz gewünschte Stellungnahme der Delegationen der Vertragsstaaten, die zugleich Mitglieder des Haager Abkommens sind, zu dieser Frage abgewartet werden (siehe Tagungsbericht BR/125/71 vom 7. Juli 1971 Punkt 46).

L

- 7
6. Im Zusammenhang mit den Artikeln, die von dieser Arbeitsunterlage betroffen werden, soll nach der Bemerkung zu Artikel 66 auch Artikel 137 überprüft werden.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe I hat von einem Vorschlag zu diesem Artikel abgesehen, weil bereits ein Vorschlag der niederländischen Delegation vorliegt (siehe Dokument BR/GT I/104/71 vom 15. Januar 1971), der nach dem Beschluß der Arbeitsgruppe I im Zusammenhang mit den Vorschlägen der nichtstaatlichen internationalen Organisationen behandelt werden soll (siehe Sitzungsbericht BR/94/71 vom 6. April 1971 Punkt 46).

---

## Zweiter Vorentwurf

---

### Artikel 66

#### Erfordernisse der Anmeldung

(1) Die europäische Patentanmeldung muß enthalten:

- a) einen Antrag auf Erteilung des europäischen Patents;
- b) eine Beschreibung der Erfindung;
- c) einen oder mehrere Patentansprüche;
- d) gegebenenfalls die Zeichnungen, auf die sich die Beschreibung oder die Patentansprüche beziehen;
- e) eine Zusammenfassung.

(2) - gestrichen - (siehe Artikel 68 Buchstabe c)

(3) Für die europäische Patentanmeldung ist die Anmeldegebühr zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschrieben ist. Die Gebühr ist spätestens bis zum Ablauf eines Monats nach dem Anmeldetag zu entrichten.

(4) Die Zusammenfassung dient ausschließlich der technischen Information und kann nicht für andere Zwecke, insbesondere nicht für die Bestimmung des begehrten Schutzes, herangezogen werden.

#### Bemerkung zu Artikel 66:

Dieser Artikel soll im Zusammenhang mit den Artikeln 77, 78, 79, 80, 122 und 137 noch weiter geprüft werden, insbesondere um das Verfahren von der Einreichung der Anmeldung bis zur Erstellung des Berichts über den Stand der Technik nach Möglichkeit zu straffen.

6



---

## Vorschlag des Vorsitzenden

---

### Artikel 66 Erfordernisse der Anmeldung

(1) +

a) +

b) +

c) +

d) +

e) +

(2) - gestrichen - (siehe Artikel 68 Buchstabe c)

(3) Für die europäische Patentanmeldung sind die Anmeldegebühr und die Gebühr für den Bericht über den Stand der Technik zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschrieben sind. Die Gebühren sind spätestens bis zum Ablauf eines Monats nach dem Anmeldetag zu entrichten.

(4) - entfällt - (siehe Artikel 79 Absatz 2 Satz 2)

#### Bemerkungen:

1. Die von den nichtstaatlichen internationalen Organisationen vorgeschlagene Einbeziehung der Recherchegebühr in die Anmeldegebühr ist zur Straffung des Verfahrens nicht erforderlich. Es genügt, vorzusehen, daß beide Gebühren innerhalb eines Monats nach dem Anmeldetag zu entrichten sind.

Eine getrennte Aufforderung der Gebühren erleichtert auch das Verfahren, wenn die Anmeldung wegen Uneinheitlichkeit geteilt wird und der Anmelder bereits vor der Teilung die Recherchegebühr gezahlt hat, sowie dann, wenn eine solche zweite Recherchegebühr zu unrecht vom Anmelder angefordert worden ist (vgl. Vorschläge zu Artikel 79 Absätze 4 und 5 und zu Artikel 81 Absatz 5).

Im übrigen entspricht die Trennung von Anmelde- und Recherchegebühr auch dem Prinzip des PCT-Verfahrens.

2. Der Inhalt des bisherigen Absatzes 4 stellt an sich kein Erfordernis der Anmeldung dar. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Bedeutung der Zusammenfassung in Artikel 79 aufzunehmen, in dem vorgeschrieben wird, daß das Internationale Patentinstitut den endgültigen Inhalt der Zusammenfassung bestimmt.

---

Zweiter Vorentwurf

---

## Artikel 68

## Anmeldetag

Der Anmeldetag einer europäischen Patentanmeldung ist der Tag, an dem folgende Erfordernisse erfüllt sind:

- a) die Anmeldung muß einen Hinweis enthalten, daß sie eine europäische Patentanmeldung darstellt, und mindestens einen Vertragsstaat gemäß Artikel 67 Absatz 1 benennen;
  - b) die Anmeldung muß Angaben enthalten, die es erlauben, die Identität des Anmelders festzustellen;
  - c) die Anmeldung muß in einer der in Artikel 34 Absätze 1 und 2 vorgesehenen Sprachen eine Beschreibung und Patentansprüche enthalten, selbst wenn diese nicht den anderen Vorschriften dieses Übereinkommens entsprechen.
- 6

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

## Artikel 68

## Anmeldetag

+

a) +

b) +

- c) die Anmeldung muß in einer der in Artikel 34 Absätze 1 und 2 vorgesehenen Sprachen eine Beschreibung, einen oder mehrere Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen, auf die sich die Beschreibung oder die Patentansprüche beziehen, enthalten, selbst wenn diese Unterlagen nicht den anderen Vorschriften dieses Übereinkommens entsprechen.

Bemerkung:

Der vorgeschlagene Buchstabe c enthält eine redaktionelle und eine sachliche Änderung.

Durch die redaktionelle Änderung ("einen oder mehrere Patentansprüche") ist der Text dem Artikel 66 Absatz 1 Buchstabe c angeglichen worden.

Die sachliche Änderung betrifft die Einbeziehung der Zeichnungen und entspricht dem im Dokument BR/GT I/97/71 vom 6. Januar 1971 enthaltenen schweizerischen Vorschlag. Dieser Vorschlag ist zwar in der 7. Sitzung der Arbeitsgruppe I mit Mehrheit abgelehnt worden, jedoch nur deshalb, weil der schweizerische Vorschlag aufgrund des in der Zwischenzeit gestrichenen Absatzes 1 des Artikels 78 zur Folge gehabt hätte daß, falls die Zeichnungen nicht gleichzeitig mit der Anmeldung eingereicht würden, die Anmeldung als nicht ordnungsgemäß hätte zurückgewiesen werden müssen (vgl. Dokument BR/GT I/94/71 vom 6. April 1971, Punkt 17).



---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

Auf den schweizerischen Vorschlag wird zurückgegriffen, weil davon ausgegangen wird, daß die Recherche erst vorgenommen werden kann, wenn der Anmeldetag feststeht, sowie daß bei der Formalprüfung und bei der Recherche zweigleisig verfahren wird, d.h. die Formalprüfung durch das Europäische Patentamt und die Recherche durch das Internationale Patentinstitut gleichzeitig vorgenommen werden. Daraus folgt, daß die Prüfung, ob die Anmeldung Zeichnungen enthält, auf die sich die Beschreibung oder die Patentansprüche beziehen, und die Feststellung des sich aufgrund dieser Prüfung ergebenden Anmeldetags bereits vor Beginn der Formalprüfung erfolgen muß.

Der Vorschlag zu Artikel 68 Buchstabe c und der damit in Verbindung stehende Vorschlag auf Einführung eines neuen Artikels 76a weichen insofern von der bisherigen Regelung ab, als der Anmeldetag in den Fällen, in denen die Zeichnungen nachgereicht oder die Bezugnahme auf die Zeichnungen als gestrichen gelten, nur einmal festgesetzt werden soll. Diese Lösung dürfte mit Artikel 14 Absatz 2 PCT im Einklang stehen.

---

## Zweiter Vorentwurf

---

### Artikel 69

#### Nichtentrichtung der Anmeldegebühr und fehlende Übersetzung

Die europäische Patentanmeldung gilt als zurückgenommen,

- a) wenn die in Artikel 66 Absatz 3 vorgesehene Gebühr nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist entrichtet wird oder
- b) wenn im Fall des Artikels 34 Absatz 2 die Übersetzung der Patentanmeldung nicht innerhalb der dort genannten Frist vorgelegt worden ist.

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

Artikel 69

Nichtentrichtung der für die Anmeldung zu entrichtenden Gebühren und fehlende Übersetzung

+

- a) wenn die in Artikel 66 Absatz 3 vorgesehenen Gebühren nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist entrichtet werden oder
- b) +

Bemerkung:

Buchstabe a wurde der vorgeschlagenen Änderung des Artikels 66 Absatz 3 angepaßt. Auf die Bemerkung zu Artikel 66 wird Bezug genommen.

Artikel 77 Absatz 1:

(1) Die Prüfungsstelle prüft die europäische Patentanmeldung im Hinblick auf die Artikel 68 und 69.

Regel 20.6

(a) Die Aufforderung zur Richtigstellung gemäß Artikel 11 Absatz 2 hat das Erfordernis des Artikels 11 Absatz 1 zu nennen, das nach Ansicht des Anmeldeamts nicht erfüllt ist.

(b) Das Anmeldeamt hat die Aufforderung unverzüglich an den Anmelder abzusenden und eine den Umständen angemessene Frist zur Richtigstellung festzusetzen. Die Frist soll nicht weniger als 10 Tage und nicht mehr als einen Monat seit dem Tage der Aufforderung betragen. Läuft die Frist nach dem Ablauf eines Jahres seit dem Anmeldedatum einer Anmeldung ab, deren Priorität beansprucht wird, so hat das Anmeldeamt den Anmelder auf diesen Umstand aufmerksam zu machen.



---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

FÜNFTER TEIL  
PRÜFUNG, ERTEILUNG UND EINSPRUCHSVERFAHREN

KAPITEL I  
Verfahren bis zur Stellung des Prüfungsantrags

Artikel 76a neu  
Eingangsprüfung der europäischen Patentanmeldung

(1) Das Europäische Patentamt prüft die europäische Patentanmeldung im Hinblick auf die Artikel 68 und 69.

(2) Ergibt die in Absatz 1 vorgesehene Prüfung, daß die Erfordernisse des Artikels 68 nicht erfüllt sind, so fordert das Europäische Patentamt den Anmelder auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die festgestellten Mängel zu beseitigen.

Bemerkungen:

1. Nach dieser Arbeitsunterlage soll sich an die Prüfung der europäischen Patentanmeldung im Hinblick auf die Artikel 68 und 69 die Übersendung eines Exemplars der Anmeldungsunterlagen an das I.I.B. anschließen; außerdem soll zu dieser Eingangsprüfung nunmehr auch die Prüfung der Frage gehören, ob die in der Beschreibung oder den Patentansprüchen erwähnten Zeichnungen vorliegen. Bei dieser Sachlage erscheint es zweckmäßig, die Bestimmungen des bisherigen Artikels 77 Absatz 1 und des bisherigen Artikels 78 Absatz 7 Buchstabe b in einem neuen Artikel 76a zusammenzufassen, dem die Vorschrift über die Übersendung der Anmeldungsunterlagen an das I.I.B. als neuer Artikel 76b folgt.

Der vorgeschlagene Artikel 76a ist im übrigen an die Regeln 20.6 und 20.7 der AO zum PCT angeglichen worden, um dem EPA die Möglichkeit zu geben, die eingereichten Unterlagen wegzulegen, wenn die Erfordernisse des Artikels 68 trotz Aufforderung nicht erfüllt worden sind und der Mangel nicht ausschließlich in fehlenden Zeichnungen besteht.

---

Zweiter Vorentwurf

---

AO zum PCT

---


Artikel 78 Absatz 7 Buchstabe b:

b) Ergibt die in Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe h vorgesehene Prüfung, daß die Zeichnungen nicht eingereicht worden sind, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, sie innerhalb eines Monats einzureichen. Reicht der Anmelder die Zeichnungen rechtzeitig ein, so wird der Anmeldetag neu auf den Tag der Einreichung der Zeichnungen festgelegt; andernfalls gelten die Bezugnahmen auf die Zeichnungen als gestrichen.

Regel 20.7

Erhält das Anmeldeamt innerhalb der vorgeschriebenen Frist keine Antwort auf seine Aufforderung zur Richtigstellung oder genügt die Richtigstellung des Anmelders den Anforderungen des Artikels 11 Absatz 1 noch nicht, so hat das Anmeldeamt

(i) den Anmelder unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen, daß seine Anmeldung keine internationale Anmeldung ist und als solche nicht behandelt wird, und hat die Gründe hierfür anzugeben.



---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

(3) Hat der Anmelder aufgrund der Aufforderung gemäß Absatz 2 Zeichnungen nachgereicht, so wird, falls die sonstigen Erfordernisse des Artikels 68 vor Nachreichung der Zeichnungen erfüllt worden sind, der Anmeldetag auf den Tag der Einreichung der Zeichnungen festgelegt. Reicht der Anmelder die Zeichnungen nicht rechtzeitig ein, so gilt als Anmeldetag der Tag, an dem die sonstigen Erfordernisse des Artikels 68 erfüllt worden sind; die Bezugnahmen auf die Zeichnungen gelten als gestrichen.

(4) Ergibt sich bei Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist, daß die Erfordernisse des Artikels 68 nicht erfüllt sind und besteht der Mangel nicht ausschließlich in fehlenden Zeichnungen, so teilt das Europäische Patentamt dem Anmelder mit, daß seine Anmeldung nicht als europäische Patentanmeldung behandelt wird.

2. Im vorgeschlagenen Artikel 76a und in den nachstehenden Vorschlägen ist anstelle der "Prüfungsstelle" das "Europäische Patentamt" gesetzt worden, da es nach dem Wegfall der Offensichtlichkeitsprüfung fraglich erscheint, ob die Eingangsprüfung weiterhin von den Prüfungsstellen vorgenommen werden soll, die aus technisch vorgebildeten Prüfern bestehen. Es dürfte zweckmäßig sein, hierfür die Zuständigkeit einer besonderen Abteilung vorzusehen, die verfahrensmäßig den Prüfungsabteilungen vorgeschaltet wird und bei der alle Arbeiten von der Registrierung der Anmeldung bis zu deren Offenlegung durchgeführt werden.
3. Es sollte geprüft werden, ob der Inhalt der Regel 20.6 Buchstabe b Satz 3 nicht in die AO aufzunehmen ist.



---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

## Artikel 76b neu

## Übersendung der Anmeldungsunterlagen an das Internationale Patentinstitut

Das Europäische Patentamt übersendet einen Satz der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung dem Internationalen Patentinstitut in Den Haag zur Erstellung eines Berichts über den Stand der Technik, sobald

- a) der Anmeldetag der europäischen Patentanmeldung feststeht,
- b) die in Artikel 66 Absatz 3 vorgesehenen Gebühren entrichtet sind,
- c) die Zusammenfassung vorliegt und
- d) im Fall des Artikels 34 Absatz 2 die Übersetzung der Patentanmeldung eingereicht ist.

Bemerkung:

In der Ausführungsordnung sollte vorgesehen werden, daß das Europäische Patentamt dem Internationalen Patentinstitut eine nach der Übersendung der Anmeldungsunterlagen eintretende Erledigung der Anmeldung unverzüglich mitteilt.

Nach der deutschen Statistik führt die Formalprüfung nur in 1,7 v.H. der eingereichten Anmeldungen zur Zurückweisung. Unterstellt man, daß dieser Prozentsatz auch im europäischen Patenterteilungsverfahren zu erwarten sein dürfte, so würden die obengenannten Mitteilungen nicht allzu häufig sein.

---

Zweiter Vorentwurf

---

## Artikel 77

Prüfung der europäischen Patentanmeldung auf  
formelle und offensichtliche Mängel

(1) Die Prüfungsstelle prüft die europäische Patentanmeldung im Hinblick auf die Artikel 68 und 69.

(2) Steht der Anmeldetag einer europäischen Patentanmeldung fest und gilt die Anmeldung nicht nach Artikel 69 als zurückgenommen, so prüft die Prüfungsstelle,

- a) ob der Gegenstand der Anmeldung offensichtlich seinem Wesen nach keine Erfindung im Sinne des Artikels 9 ist;
- b) ob die Erfindung offensichtlich nicht gemäß Artikel 10 von der Patentierbarkeit ausgeschlossen ist;
- c) ob die Erfindung offensichtlich im Sinne des Artikels 14 nicht gewerblich anwendbar ist;
- d) ob die Anmeldung den Artikeln 70 und 71 offensichtlich nicht entspricht;
- e) ob die Anmeldung den in der Ausführungsordnung zu diesem Übereinkommen vorgesehenen Formvorschriften genügt und ob der Inhalt der Beschreibung, der Patentansprüche und der Zeichnungen den Vorschriften der Ausführungsordnung, die sich darauf beziehen, offensichtlich nicht entspricht;
- f) ob im Fall einer Zusatzpatentanmeldung deren Gegenstand eine Verbesserung, Weiterentwicklung oder Ergänzung im Sinne des Artikels 21 Absatz 1 offensichtlich nicht enthält;
- g) ob der Erfinder gemäß Artikel 69a benannt worden ist;
- h) ob die Anmeldung den Erfordernissen des Artikels 66 Absatz 1 Buchstabe d entspricht;
- i) ob die Anmeldung den Erfordernissen des Artikels 66 Absatz 1 Buchstabe e entspricht.

Bemerkung zu Artikel 77:

Siehe Bemerkung zu Artikel 66.

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

Artikel 77

Prüfung der europäischen Patentanmeldung auf  
formelle Mängel

- entfällt - (siehe Artikel 76a Absatz 1)

+ ... das Europäische Patentamt

- entfällt -

- entfällt -

- entfällt -

- entfällt -

a) ob die Anmeldung den in diesem Übereinkommen und seiner  
Ausführungsordnung vorgesehenen Formvorschriften genügt, und

- entfällt -

b) +

- entfällt - (siehe Artikel 68 Buchstabe c in Verbindung mit  
Artikel 76a Absatz 1)

- entfällt -

Bemerkung:

Die Buchstaben a bis d und der  
zweite Satzteil des Buchstaben e  
sowie der Buchstabe f ent-  
fallen, da sie die bisherige  
Offensichtlichkeitsprüfung be-  
treffen.

Der bisherige Buchstabe i dürfte  
im neu vorgeschlagenen Buch-  
staben a mit enthalten sein.

---

## Zweiter Vorentwurf

---

### Artikel 78

#### Prüfungsbescheide und Zurückweisung

(1) - gestrichen - (siehe Artikel 77 Absatz 2).

(2) Ergibt die in Artikel 77 Absatz 2 Buchstaben a bis f und i vorgesehene Prüfung, daß die europäische Patentanmeldung oder die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den bei dieser Prüfung zu berücksichtigenden Erfordernissen nicht genügt, so teilt die Prüfungsstelle dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme einzureichen oder die festgestellten Mängel zu beseitigen. Die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen können nur insoweit geändert werden, als es erforderlich ist, um die festgestellten Mängel gemäß den Bemerkungen der Prüfungsstelle zu beseitigen.

(3) Stellt die Prüfungsstelle fest, daß die Erfindung offensichtlich nicht neu ist, so kann sie den Anmelder darauf aufmerksam machen.

(4) Ergibt sich bei Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist, daß die Erfindung oder die europäische Patentanmeldung den in Absatz 2 genannten Erfordernissen nicht genügt, so weist die Prüfungsstelle die Anmeldung zurück.

(5) - gestrichen - (siehe Artikel 139)

(6) Ergibt die in Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe g vorgesehene Prüfung, daß der Erfinder nicht benannt worden ist, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, den Erfinder zu benennen. Ist der Erfinder nicht vor Ablauf von sechzehn Monaten seit dem Prioritätstag benannt worden, so gilt die Benennung eines Vertragsstaats, der die Erfindernennung für nationale Anmeldungen vorschreibt, als zurückgenommen.

(7) a) Ergibt die in Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe h vorgesehene Prüfung, daß die Zeichnungen nach dem Anmeldetag eingereicht worden sind, so wird der Anmeldetag neu auf den Tag der Einreichung der Zeichnungen festgelegt.



---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

## Artikel 78

## Prüfungsbescheide und Zurückweisung

- entfällt -

(1) Ergibt die in Artikel 77 Buchstabe a vorgesehene Prüfung, daß die europäische Patentanmeldung den in diesem Übereinkommen und seiner Ausführungsordnung vorgesehenen Formvorschriften nicht genügt, so teilt das Europäische Patentamt dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, innerhalb einer vom Europäischen Patentamt zu bestimmten Frist die festgestellten Mängel zu beseitigen. Die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen können nur insoweit geändert werden, als es erforderlich ist, um die festgestellten Mängel gemäß den Bemerkungen des Europäischen Patentamts zu beseitigen. Werden die Mängel nicht rechtzeitig beseitigt, so weist das Europäische Patentamt die Anmeldung zurück.

- entfällt -

- entfällt - (siehe Absatz 1 Satz 3)

- gestrichen - (siehe Artikel 139)

(2) Ergibt die in Artikel 77 Buchstabe b vorgesehene Prüfung, daß der Erfinder nicht benannt worden ist, so fordert das Europäische Patentamt den Anmelder auf, den Erfinder zu benennen. Ist der Erfinder nicht vor Ablauf von sechzehn Monaten seit dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, seit dem Prioritätstag benannt worden, so gilt die Benennung eines Vertragsstaats, der die Erfindernennung für nationale Anmeldungen vorschreibt, als zurückgenommen.

- entfällt - (siehe Artikel 68 Buchstabe c)

Bemerkungen:

1. Der bisherige Absatz 3 entfällt durch den Wegfall der Offensichtlichkeitsprüfung.
2. Im bisherigen Absatz 6 ist als Beginn der 16-Monatsfrist der Prioritätstag genannt worden. Im neuen Absatz 2 ist, entsprechend der sonstigen Übung im Übereinkommen (vgl. Artikel 65 Absatz 5), neben dem Prioritätstag der Anmeldetag genannt worden. Geprüft werden sollte, ob hier nicht auch der Fall der Inanspruchnahme mehrerer Prioritäten zu berücksichtigen, d.h. auch der Tag der frühesten Priorität zu nennen ist (vgl. Artikel 85 Absatz 1 Satz 1).

---

Zweiter Vorentwurf

---

(7) b) Ergibt die in Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe h vorgesehene Prüfung, daß die Zeichnungen nicht eingereicht worden sind, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, sie innerhalb eines Monats einzureichen. Reicht der Anmelder die Zeichnungen rechtzeitig ein, so wird der Anmeldetag neu auf den Tag der Einreichung der Zeichnungen festgelegt; andernfalls gelten die Bezugnahmen auf die Zeichnungen als gestrichen.

Bemerkung zu Artikel 78:

Siehe Bemerkung zu Artikel 66.

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

- entfällt - (siehe Artikel 76a Absatz 2)

## Zweiter Vorentwurf

PCT

## Artikel 79

Einholung des Berichts über den Stand  
der Technik

(1) Ergibt die Prüfung, daß die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den bei der Prüfung zu berücksichtigenden Erfordernissen genügen, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die in der Gebührenordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschriebene Gebühr für die Einholung des Berichts über den Stand der Technik zu entrichten.

(2) Wird die Gebühr nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

(3) Nach Eingang der Gebühr oder, wenn diese bereits entrichtet ist, nach Abschluß der Prüfung holt die Prüfungsstelle unter Übersendung der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung einen Bericht über den Stand der Technik beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag ein. Das Internationale Patentinstitut in Den Haag bestimmt auch den endgültigen Inhalt der Zusammenfassung.

(4) Der Bericht über den Stand der Technik wird auf der Grundlage der Patentansprüche unter angemessener Berücksichtigung der Beschreibung und der gegebenenfalls vorhandenen Zeichnungen erstellt.

(4a) Der Bericht über den Stand der Technik und der endgültige Inhalt der Zusammenfassung werden innerhalb einer in der Ausführungsordnung zu

Artikel 79

Erstellung des Berichts über den Stand der  
Technik

- entfällt - (siehe Artikel 66 Absatz 3)

- entfällt - (siehe Artikel 69 Buchstabe a)

- entfällt - (siehe Artikel 76b und Absatz 2 Satz 1 des vorliegenden Artikels)

(1) Das Internationale Patentinstitut in Den Haag erstellt den Bericht über den Stand der Technik auf der Grundlage der Patentansprüche unter angemessener Berücksichtigung der Beschreibung und der gegebenenfalls vorhandenen Zeichnungen in der in der Ausführungsordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Form.

(2) Gleichzeitig mit der Erstellung des Berichts über den Stand der Technik nimmt das Internationale Patentinstitut eine vorläufige Klassifizierung der europäischen Patentanmeldung

## Zweiter Vorentwurf

diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Frist und in einer in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Form dem Europäischen Patentamt übermittelt.

## PCT

## Artikel 17

Verfahren vor der Internationalen  
Recherchenbehörde

(2)(a) Falls nach Auffassung der Internationalen Recherchenbehörde

(ii) die Beschreibung, die Ansprüche oder die Zeichnungen den vorgeschriebenen Anforderungen so wenig entsprechen, daß eine sinnvolle Recherche nicht durchgeführt werden kann,

so stellt die Internationale Recherchenbehörde diesen Tatbestand in einer Erklärung fest und teilt dem Anmelder und dem Internationalen Büro mit, daß kein internationaler Recherchenbericht erstellt wird.

(b) Wird einer der in Buchstabe (a) aufgeführten Fälle nur in bezug auf bestimmte Ansprüche festgestellt, so ist in den internationalen Recherchenbericht im Hinblick auf diese Ansprüche lediglich ein entsprechender Hinweis aufzunehmen, während für die anderen Ansprüche ein Recherchenbericht nach Artikel 18 erstellt wird.

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

in der vom Europäischen Patentamt benutzten Patentklassifikation vor und bestimmt den endgültigen Inhalt der Zusammenfassung. Die vorläufige Klassifizierung und die Zusammenfassung dienen ausschließlich organisatorischen Zwecken und der technischen Information; sie können nicht für andere Zwecke, insbesondere nicht für die Bestimmung des begehrten Schutzes herangezogen werden.

Bemerkungen:

1. Vgl. bisherigen Artikel 66 Absatz 4

(3) Entsprechen nach Auffassung des Internationalen Patentinstituts die Beschreibung, die Patentansprüche und die gegebenenfalls vorhandenen Zeichnungen den in diesem Übereinkommen und seiner Ausführungsordnung vorgeschriebenen Erfordernissen so wenig, daß sinnvolle Ermittlungen über den Stand der Technik nicht durchgeführt werden können, so stellt das Internationale Patentinstitut diesen Tatbestand in einer Erklärung fest. Wird nur in bezug auf bestimmte Patentansprüche festgestellt, daß sinnvolle Ermittlungen über den Stand der Technik nicht durchgeführt werden können, so ist in den Bericht über den Stand der Technik im Hinblick auf diese Patentansprüche lediglich ein entsprechender Hinweis aufzunehmen, während für die anderen Patentansprüche ein Bericht über den Stand der Technik nach Absatz 1 erstellt wird.

2. Absatz 3 ist Artikel 17 Absatz 2 (a)(ii) und (b) PCT nachgebildet.

| Zweiter Vorentwurf   | PCT  |
|--|--|
| <p>(5) Wird im Fall der Nichteinheitlichkeit der Anmeldung ein zusätzlicher Bericht über den Stand der Technik notwendig, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, nach seiner Wahl innerhalb einer Frist von einem Monat entweder die Anmeldung auf eine Erfindung zu beschränken oder die in der Gebührenordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschriebene Zusatzgebühr zu entrichten.</p> <p>(6) Wenn der Anmelder die Anmeldung nicht auf eine Erfindung beschränkt oder die in Absatz 5 vorgesehene Gebühr nicht rechtzeitig entrichtet ist, so gilt der Teil der europäischen Patentanmeldung, für den ein Bericht über den Stand der Technik nicht erstellt wird, als zurückgenommen.</p> <p>(7) Eine nach Absatz 5 gezahlte Gebühr wird zurückgezahlt, wenn im Verlauf der Prüfung gemäß Artikel 93 der Anmelder einen entsprechenden Erstattungsantrag stellt und die Prüfungsabteilung feststellt, daß die in Absatz 5 genannte Aufforderung nicht gerechtfertigt war.</p> <p><u>Bemerkung zu Artikel 79 Absatz 1:</u></p> <p>Im Zusammenhang mit der in der Bemerkung zu Artikel 66 vorgesehenen Prüfung soll noch untersucht werden, ob die in diesem Absatz vorgesehene Gebühr gestrichen und dafür insbesondere die Anmeldegebühr erhöht werden soll.</p> | <p>(3)(a) Entspricht nach Auffassung der Internationalen Recherchenbehörde die internationale Anmeldung nicht den in der Ausführungsordnung festgelegten Anforderungen an die Einheitlichkeit der Erfindung, so fordert die Recherchenbehörde den Anmelder auf, zusätzliche Gebühren zu zahlen. Die Internationale Recherchenbehörde erstellt den internationalen Recherchenbericht für die Teile der internationalen Anmeldung, die sich auf die zuerst in den Ansprüchen erwähnte Erfindung beziehen ("Haupterfindung"), und, wenn die angeforderten zusätzlichen Gebühren fristgerecht entrichtet worden sind, für die Teile der internationalen Anmeldung, die sich auf die Erfindung beziehen, für die die genannten Gebühren entrichtet worden sind.</p> |



---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

(4) Entspricht die europäische Patentanmeldung nach Auffassung des Internationalen Patentinstituts nicht den in diesem Übereinkommen und seiner Ausführungsordnung festgelegten Anforderungen an die Einheitlichkeit der Erfindung, so erstellt das Internationale Patentinstitut den Bericht über den Stand der Technik für die Teile der europäischen Patentanmeldung, die sich auf die zuerst in den Patentansprüchen erwähnte Erfindung beziehen; es teilt dem Anmelder mit, daß für die übrigen in der Anmeldung enthaltenen Erfindungen ein oder gegebenenfalls mehrere Berichte über den Stand der Technik nur erstellt werden, wenn hierfür innerhalb einer Frist von einem Monat die Gebühr für den Bericht über den Stand der Technik entrichtet wird. Das Internationale Patentinstitut übermittelt dem Europäischen Patentamt eine Abschrift der Mitteilung an den Anmelder. Wird die Zahlung nachgewiesen, so erstellt das Internationale Patentinstitut für die Teile der europäischen Patentanmeldung einen Bericht über den Stand der Technik, die sich auf die Erfindung beziehen, für die die genannten Gebühren entrichtet worden sind.

- entfällt -

(5) Eine nach Absatz 4 gezahlte Gebühr wird zurückgezahlt, wenn im Verlauf der Prüfung gemäß Artikel 93 der Anmelder einen entsprechenden Erstattungsantrag stellt und die Prüfungsabteilung feststellt, daß die in Absatz 4 genannte Mitteilung nicht gerechtfertigt war.

Bemerkungen:

1. Absatz 4 ist Artikel 17 Absatz 3(a) PCT nachgebildet.
2. Es sollte geprüft werden, ob nicht in der AO vorgesehen werden soll, daß das EPA das I.I.B. über die Zahlung zusätzlicher Recherchegebühren unterrichtet.

3. Es sollte ferner noch die Frage geprüft werden, ob die Gebühr für den Bericht über den Stand der Technik zurückgezahlt werden soll, wenn die Anmeldung zurückgewiesen wird, und zwar
  - a) bevor der Bericht über den Stand der Technik erstellt wird,
  - b) nach Erstellung des Berichts über den Stand der Technik, jedoch vor Veröffentlichung.

Für die Rückzahlung der Recherchegebühr im PCT-Verfahren vgl. Regel 16.2.

---

## Zweiter Vorentwurf

---

### Artikel 79 Absatz 4a

(4a) Der Bericht über den Stand der Technik und der endgültige Inhalt der Zusammenfassung werden innerhalb einer in der Ausführungsordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Frist ... dem Europäischen Patentamt übermittelt.

### Artikel 80

#### Übersendung des Berichts über den Stand der Technik

Nach Eingang des Berichts über den Stand der Technik übersendet das Europäische Patentamt dem Anmelder den Bericht.

6

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

Artikel 80

Übersendung des Berichts über den Stand der Technik  
und der Zusammenfassung

Das Internationale Patentinstitut in Den Haag übersendet innerhalb der in der Ausführungsordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Frist

- a) dem Europäischen Patentamt den Bericht über den Stand der Technik und den endgültigen Inhalt der Zusammenfassung oder die Erklärung, daß ein Bericht nicht erstellt werden kann,
- b) dem Anmelder je ein weiteres Stück des Berichts über den Stand der Technik und des endgültigen Inhalts der Zusammenfassung oder der Erklärung, daß ein Bericht nicht erstellt werden kann.

Bemerkung:

Nummer 2 zu Artikel 79 der Ausführungsordnung muß auf die Erklärung, daß ein Bericht nicht erstellt werden kann, sowie auf die Übersendung des Berichts oder der Erklärung an den Anmelder ausgedehnt werden.

---

Zweiter Vorentwurf

---

## Artikel 81

Teilung der europäischen Anmeldung bis zur Stellung des  
Prüfungsantrags

(1) Bis zur Stellung des Prüfungsantrags kann der Anmelder in den nachfolgenden Fällen die europäische Patentanmeldung teilen, indem er sie beschränkt und für die auf diese Weise aus der Anmeldung ausgeschiedenen Erfindungen Teilanmeldungen einreicht:

- a) auf eine Aufforderung gemäß Artikel 78 Absatz 2 und Artikel 79 Absatz 5;
- b) nach Erhalt des Berichts über den Stand der Technik.

(2) Die Beschränkung hat durch eine Änderung der Patentansprüche gemäß Artikel 83 Absatz 1 oder gegebenenfalls durch eine Verzichtserklärung auf einen Teil der Beschreibung oder der Zeichnungen zu erfolgen. Diese Verzichtserklärung kann einen Vorschlag enthalten, wonach eine Verweisung auf eine Teilanmeldung vorgenommen wird, die in bezug auf den Teil der Anmeldung eingereicht wird, auf den verzichtet worden ist.

(3) Anstelle der ursprünglichen Anmeldung ist für das Schutzbegehren die geänderte Anmeldung insoweit maßgebend, als ihr Gegenstand nicht über das hinausgeht, was in der ursprünglichen Anmeldung offenbart worden ist.

(4) Die Teilanmeldungen gelten als an dem Tag der ursprünglichen Anmeldung eingereicht und genießen gegebenenfalls deren Prioritätsrecht, soweit der Gegenstand der Teilanmeldungen nicht über das hinausgeht, was in der ursprünglichen Anmeldung offenbart worden ist, und sofern die Teilanmeldungen innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach der in Absatz 1 vorgesehenen Beschränkung eingereicht worden sind.

(5) Die in Artikel 66 Absatz 3 vorgesehene Anmeldegebühr ist für jede Teilanmeldung innerhalb einer Frist von einem Monat nach ihrer Einreichung zu entrichten.

6

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

Artikel 81

Teilung der europäischen Anmeldung bis zur Stellung des Prüfungs-  
antrags

(1) Bis zur Stellung des Prüfungsantrags kann der Anmelder in den nachfolgenden Fällen die europäische Patentanmeldung teilen, indem er sie beschränkt und für die auf diese Weise aus der Anmeldung ausgeschiedenen Erfindungen Teilanmeldungen einreicht

- a) auf eine Mitteilung gemäß Artikel 79 Absatz 4 ;
- b) nach Erhalt des Berichts über den Stand der Technik.

(2) +

(3) +

(4) +

(5) Die in Artikel 66 Absatz 3 vorgesehenen Gebühren sind für jede Teilanmeldung innerhalb einer Frist von einem Monat nach ihrer Einreichung zu entrichten. Die Gebühr für den Bericht über den Stand der Technik ist jedoch nicht mehr zu entrichten, wenn sie für den Anmeldegegenstand bereits gemäß Artikel 79 Absatz 4 entrichtet worden ist.

Bemerkung:

In Absatz 1 Buchstabe a ist die Aufforderung gemäß Artikel 78 Absatz 2 (jetzt Absatz 1) gestrichen worden, weil nach dieser Arbeitsunterlage eine solche Aufforderung nur noch wegen formaler Mängel der Anmeldung erfolgen soll.


---

Zweiter Vorentwurf

---

Artikel 85 Absatz 1  
Veröffentlichung der europäischen Patent-  
anmeldung

(1) Die europäischen Patentanmeldungen werden unverzüglich nach Ablauf von achtzehn Monaten nach dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag oder, wenn mehrere Prioritäten in Anspruch genommen worden sind, nach dem Tag der frühesten Priorität veröffentlicht. Sie können jedoch auf Antrag des Anmelders vor Ablauf dieser Frist veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung enthält die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen sowie als Anlage den Bericht über den Stand der Technik, sofern dieser vor Abschluß der technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung vorliegt. Ist der Bericht über den Stand der Technik nicht zugleich mit der Patentanmeldung veröffentlicht worden, so wird er gesondert veröffentlicht.



---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

Artikel 85 Absatz 1  
Veröffentlichung der europäischen Patentan-  
meldung

(1) Die europäischen Patentanmeldungen werden unverzüglich nach Ablauf von achtzehn Monaten nach dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag oder, wenn mehrere Prioritäten in Anspruch genommen worden sind, nach dem Tag der frühesten Priorität veröffentlicht. Sie können jedoch auf Antrag des Anmelders vor Ablauf dieser Frist veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung enthält die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen; als Anlage wird ihr der Bericht über den Stand der Technik, sofern dieser vor Abschluß der technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung vorliegt, oder die Erklärung gemäß Artikel 79 Absatz 3 beigelegt. Ist der Bericht über den Stand der Technik nicht zugleich mit der Patentanmeldung veröffentlicht worden, so wird er gesondert veröffentlicht.





---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

Artikel 160a neu

Nichtanwendung des Artikels 122 während einer Übergangszeit

(1) Während einer Übergangszeit, deren Ende der Verwaltungsrat bestimmt, ist Artikel 122 nicht anzuwenden.

(2) Der Verwaltungsrat kann während der Übergangszeit bestimmen, daß die internationalen Recherchenberichte bestimmter internationaler Recherchenbehörden für sämtliche oder bestimmte Gebiete der Technik an die Stelle des Berichts über den Stand der Technik treten.

Bemerkung:

Artikel 122 sollte aus den in der Aufzeichnung der niederländischen Delegation über die Zusammenlegung der Anmeldegebühr und der Recherchegebühr genannten Gründen (Dokument BR/GT I/104/71 vom 15. Januar 1971) beibehalten werden.

Den Bedenken der nichtstaatlichen internationalen Organisationen gegen die Regelung des Artikels 122 (siehe Empfehlungen der Arbeitsgruppe I zu Artikel 122 - Dokument BR/100/71 vom 24. März 1971) sollte nur insoweit Rechnung getragen werden, als der internationale Recherchenbericht nur dann an die Stelle des Berichts über den Stand der Technik treten soll, wenn die Gewähr besteht, daß er inhaltlich gleichwertig ist.

Inwieweit dies bei den internationalen Recherchenberichten der Fall sein wird, die nicht vom Internationalen Patentinstitut erstellt werden, dürfte von vornherein nicht in allen Fällen gesagt werden können.



---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

Es wird deshalb eine Vorschrift für erforderlich gehalten, nach der der Artikel 122 während einer Übergangszeit grundsätzlich nicht anzuwenden ist, innerhalb der jedoch der Verwaltungsrat bestimmen kann, daß die Recherchenberichte bestimmter internationaler Recherchenbehörden für sämtliche oder bestimmte Gebiete der Technik an die Stelle des Berichts über den Stand der Technik treten.

Im übrigen dürfte die vorgeschlagene Regelung auf derselben Linie liegen, wie sie anscheinend von interessierten Kreisen in den USA für die Ausführung des PCT durch das amerikanische Patentamt vorgeschlagen wird.

